

Namen und Nachrichten

„Haft nach der Haft“ erneut bestätigt

Der Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg hat das System der Sicherungsverwahrung für besonders gefährliche Straftäter in Deutschland bestätigt. Das System war reformiert worden, weil alte Regeln als verfassungswidrig galten. Die Richter wiesen daher gestern die Klage eines 1952 geborenen Mannes als unbegründet ab. Er hatte sich dagegen gewehrt, dass er nach verbüßter Haft 24 Jahre in Sicherungsverwahrung verbringen musste. Als er 1984 verurteilt wurde, durften es maximal zehn Jahre sein.

Palästinenserin nach Angriff erschossen

Eine Palästinenserin hat gestern im Norden des besetzten Westjordanlands versucht, einen israelischen Soldaten mit einem Messer anzugreifen. Die Besatzung des Kontrollpostens nahe der Stadt Tulkarem habe daraufhin das Feuer eröffnet und die Angreiferin erschossen, teilte Militärsprecher Peter Lerner per Twitter mit.

Schwesig will Schutz für Prostituierte

Prostituierte sollen nach dem Willen von Familienministerin



Manuela Schwesig (SPD) besser vor Ausbeutung und Menschenhandel geschützt werden. Ein gestern im Bundestag beratenes Gesetz sieht unter anderem eine Anmeldepflicht für die betroffenen Frauen vor. Betreiber von Bordellen benötigen künftig eine staatliche Genehmigung. Grüne und Linke fürchten, das Gesetz treibe viele Prostituierte in die Illegalität.

Klimawandel: Fauna in Nordsee verdrängt

In der Nordsee wird nach einer neuen Studie zum Ende des Jahrhunderts mehr als die Hälfte der am Boden lebenden heimischen Fauna ihren Lebensraum verlieren. Ein deutsch-norwegisches Senckenberg-Forscherteam führt den Artenschwund in Modellrechnungen auf den Klimawandel zurück. Danach bleiben etwa 65 Prozent der Organismen in der Nordsee, verlagern aber ihren Lebensraum. Die Forschungsergebnisse sind im Fachjournal „Estuarine, Coastal and Shelf Science“ erläutert.

Kalenderblatt

3. Juni 1998



ICE-Unglück in Eschede: 101 Tote

101 Menschen starben am 3. Juni 1998, als ein ICE in der Nähe von Eschede – auf der Strecke Hannover-Hamburg – entgleiste. Später wurde bekannt, dass ein Radreifen gebrochen war. Die entgleisten Waggons rasten mit einer Geschwindigkeit von 200 km/h gegen eine Straßenbrücke, die durch die Wucht des Aufpralls einstürzte und Teile des Zuges unter sich begrub. Den Rettern an der Unfallstelle bot sich ein Bild des Grauens, ganz Deutschland hielt entsetzt inne. Mit dem ICE war auch die Illusion zerschellt, dass die Hochgeschwindigkeitstechnologie quasi unverwundbar sei. (wet)



MINT-Experten fordern digitalen Kulturwandel

Digitale Bildung und Informatik sollten an deutschen Schulen Pflichtzeiten bekommen. Das forderte gestern das aus gut 30 Wissenschaftseinrichtungen, Stiftungen und Verbänden bestehende Nationale MINT-Forum bei einer Konferenz in Berlin. MINT steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ermutigte bei der Konferenz eine gelernte Physikerin insbesondere Mädchen und junge Frauen, ihre Chancen in diesen Bereichen zu suchen. Nach Meinung der MINT-Experten muss es dazu einen Kulturwandel an den Schulen und Reformen in der Lehrerausbildung geben, damit der Einsatz digitaler Medien im Unterricht zur Selbstverständlichkeit wird. (dpa)

Foto: Deutsches Jugendforschungszentrum/djz

„Auch Berlin ist nicht Weimar“

Interview: Historikerin Hofmann über Rechtsparteien, fremdenfeindliche Anschläge und die Zivilgesellschaft

VON WOLFGANG BLIEFFERT

In Ungarn und Polen sind Rechtspopulisten an der Regierung. In Österreich hat der FPÖ-Kandidat Norbert Hofer gerade eben fast die Hälfte der Stimmen bei der Präsidentenwahl einkassiert, und in Deutschland zieht die AfD in Landtage ein. Über die Erfolge von Nationalkonservativen und Rechtspopulisten sprachen wir mit der Historikerin Birgit Hofmann von der Universität Heidelberg.

Frau Dr. Hofmann, haben wir es derzeit in Europa mit einer neuen rechten Bewegung zu tun?

DR. BIRGIT HOFMANN: So ganz neu sind einige dieser Parteien ja nicht. Die FPÖ in Österreich und der Front National in Frankreich sind schon lange etabliert.

Was verbindet die alten mit den neuen rechten Parteien, egal ob es sich um Nationalkonservative oder Rechtspopulisten handelt?

HOFMANN: Sie verbindet die Ablehnung einer vermeintlichen Islamisierung Europas. Dieser Anti-Islamismus hat inzwischen teilweise sogar den Antisemitismus abgelöst, der bei Nationalisten und Rechtsaußen traditionell eine große Rolle spielte.

Wichtig finde ich den Hinweis, dass die Rechtsparteien in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen ganz bewusst antidemokratisch waren. Die heutige Rechte proklamiert dagegen westliche Werte, Freiheit und Demokratie, auch wenn sie immer wieder die Mängel der repräsentativen Demokratie kritisiert.

Warum scheint das Modell der repräsentativen Demokratie heute überall in Europa in Verruf geraten?

HOFMANN: Das hat auch zu tun mit den Folgen des Neoliberalismus seit Ende der 70er-Jahre. Stichwort Thatcherismus und Reaganomics. Diese wirtschaftliche Liberalisierung führte für große Bevölkerungsteile zu sinkenden Löhnen und mangelnder sozialer Sicherheit. Auch der Staat hat

sich aus der Verantwortung gezogen und damit populistische Diskurse angeheizt. Vor diesem Hintergrund hat sich eine bestimmte Schicht nicht mitgenommen gefühlt von den politischen Eliten, sie sieht sich als Opfer der Globalisierung und wehrt sich. Historisch ist das alles nicht völlig neu, denken Sie an den Hass auf die Parteien in der Weimarer Republik.

Sie nennen die Folgen des Neoliberalismus als Ursache für das Erstarken rechter Parteien. Es wäre doch logisch gewesen, wenn Linke und radikale Linke vom Unmut der Menschen profitiert hätten. Tatsächlich sind sie europaweit in einer Krise.

HOFMANN: Nicht nur die Linke. Alle Volksparteien sind in der Krise. Die Konservativen bieten den Kleinbürgern oftmals keine politische Heimat mehr. Aber vor allem Sozialisten und Sozialdemokraten haben die Opfer der wirtschaftlichen Liberalisierung für sich verloren, weil sie selbst diese Reformen mitgetragen oder sogar angestoßen haben. Auch die radikale Linke ist für sie keine Alternative, weil der Sozialismus als Ziel seit dem Ende der Systemkonkurrenz

1989 diskreditiert ist.

Bei den neuen Rechten wird immer wieder das Bild einer Verschwörung der Eliten von Politik und Medien beschworen. Woher kommt das?

HOFMANN: Das sind Muster, die man beispielsweise auch schon in antisemitischen Denkfiguren ausmachen konnte, Ideen von einer Verschwörung dunkler Mächte. Dahinter steckt zumeist das Gefühl des Ausgeschlossen-seins, das Gefühl, die politische und mediale Elite habe sich von dem entfernt, was die normalen Bürger tun und denken.

Aber woher rühren solche Gefühle?

HOFMANN: Die Politiker werden immer professioneller, Medienberater und spin doctors bestimmen die Kommunikation in einer Art und Weise, die von vielen Bürgern entweder nicht oder falsch verstanden wird, jedenfalls wirken die Politiker nicht mehr authentisch. So ist zwischen ihnen und den Medienschaffenden einerseits und den Bürgern andererseits eine tiefe Kluft entstanden.

Trotzdem trägt diese vermutete Verschwörung doch absurde Züge.

HOFMANN: Natürlich. Bei der Pegida-Bewegung finden sich Vorstellungen von einem rot-grünen Bürgertum, das durch die zwischenzeitliche rot-grüne Regierung eine kulturelle Hegemonie geschaffen habe, so dass man heute von einem „grünen Reich“ sprechen müsse, in dem man nicht mehr alles sagen könne. Das ist natürlich Unsinn.

Bei Wählern der politischen Rechten äußert sich in Umfragen grundsätzliche Kritik an sozio-kulturellen Entwicklungen. Stichwort sind etwa Frauenemanzipation und Homosexualität. Hat sich unsere Gesellschaft getäuscht über den Grad an zumutbarer Liberalität?

HOFMANN: Es ist sicherlich richtig gewesen, dass in den vergangenen Jahrzehnten auf diesen Gebieten Reformen in Gesetzesform gegossen worden sind, beim Abtreibungsparagraphen 218 etwa. Aber vielleicht sind diese gesellschaftlichen Entwicklungen vielen Menschen zu schnell gegangen. Viele sehen – Stichwort Frauen am Arbeitsmarkt – ihren Lebensstil in Frage gestellt

oder fühlen sich als daheim erziehende Mutter ins Abseits gedrängt. Man muss die AfD an diesem Punkt aber auch sehr genau anschauen.

Wie meinen Sie das?

HOFMANN: Natürlich gibt es dort auch gefährliches volkisches Gedankengut. Aber es ist nicht so, dass die AfD einfach nur zurück will in die 50er-Jahre. Schon die Tatsache, dass eine Frau an der Spitze der Partei steht, spricht gegen diese Vereinfachung.

Bonn ist nicht Weimar, hieß es in den 60er-Jahren. Das meinte, dass die Deutschen aus der Geschichte gelernt und die Fehler der Weimarer Republik vermieden hätten. Kann man den Satz in die Gegenwart fortspinnen?

HOFMANN: Ja, ich denke, auch Berlin ist nicht Weimar. Denn weder in Deutschland noch in Europa gibt es geschlossene totalitäre Bewegungen, die als Ziel den Umsturz und die Abschaffung der Demokratie haben.

Dennoch gibt es natürlich Grund zur Sorge: Die hohe Anzahl fremdenfeindlicher Anschläge kann auf Dauer die Substanz unseres Gemeinwesens beschädigen. Aber da ist die deutsche Zivilgesellschaft gefordert, und die hat über die Jahre durchaus große Standfestigkeit bewiesen.

Zur Person

DR. BIRGIT HOFMANN (41), Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Germanistik in Heidelberg und Freiburg, M.A. in Politikwissenschaft und Neuerer Deutscher Literatur. Für ihre Dissertation „Der Prager Frühling und der Westen“ erhielt sie den Hans-Rosenberg-Gedächtnispreis. Seit 2015 Koordinatorin des Arbeitsbereichs „Minderheitengeschichte und Bürgerrechte in Europa“ an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Birgit Hofmann ist verheiratet und hat eine Tochter.



„Refugees welcome (Flüchtlinge willkommen)“: Demonstration gegen Fremdenfeindlichkeit in Köln im vergangenen Herbst.

Foto: dpa